

Die Vollversammlung der IHK Darmstadt beschäftigte sich am 23. April 2024 unter anderem mit folgenden Themen:

TOP 2 *Die Bedeutung der Vollversammlung und der Arbeit der IHKs*

Bericht: Peter Adrian, Präsident der DIHK

Peter Adrian, Präsident der Deutschen Industrie- und Handelskammer (DIHK), erläutert die Bedeutung der Arbeit der IHKs und die Motivation seines Engagements:

Peter Adrian, Präsident DIHK



- Gelehrter Bankkaufmann, VWL-Studium
- selbstständig seit 1980

IHK-Organisation:

- Aktiv in der IHK Trier seit 1994
- 1999-2006: Vizepräsident der IHK Trier
- 2006-2021: Präsident der IHK-Arbeitsgemeinschaft Rheinland-Pfalz
- 2006-2023: Präsident der IHK Trier
- 2006-2022: Mitglied im DIHK-Vorstand
- 2017-2021: Vorsitzender des DIHK-Haushaltsausschusses
- seit 03/2021: Präsident der DIHK
- seit 07/2023: Vizepräsident der IHK Trier

4

Die IHK-Organisation lebe vom Ehrenamt. Nur dadurch sei die Selbstverwaltung der Wirtschaft möglich. Ein Modell der Interessenvertretung und Selbstverwaltung der Wirtschaft wie in Deutschland gäbe es in keinem anderen Land.

In den IHKs seien 5.000 Unternehmer*innen engagiert, mit Ausschussmitgliedern und Prüfern käme man auf über 200.000 ehrenamtlich Aktive.

Das ehrenamtliche Engagement mache die Kammern glaubwürdig. Die Grundlage der DIHK-Arbeit in Berlin würde in den IHKs vor Ort gelegt, die in ihren Regionen Kontakt zu Politikern auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene hielten.



Die 150 Auslandshandelskammern seien in 99 Ländern in der ganzen Welt gut vertreten und unterstützen die Unternehmen.

Durch dieses Netz von Kammern, könne man – auch dank guter Fallbeispiele aus den Unternehmen der IHK Darmstadt – konkrete Vorschläge für Wirtschafts- und Standortpolitik in Berlin platzieren.

Das Ehrenamt sei gelebte Demokratie, indem Beschlüsse auf Basis demokratischer Aushandlungsprozesse und Findung von Kompromissen entstünden. Das Vorbild des Handelns sei das Bild des „Ehrbaren Kaufmanns“.

Die Arbeit sei manchmal auch zäh und man müsse sich immer wieder die eigene Motivation vor Augen halten. Man trete an, um ein realitätsnahes Unternehmertum zu verkörpern und in Berlin und Brüssel ein Bild des Mittelstandes zu zeichnen, der für die Widerstandskraft der Wirtschaft so wichtig sei.

Aufgrund der Notwendigkeit, das Gesamtinteresse zu vertreten und ausgewogene Beschlüsse zu fassen, könne man nicht immer so laut auftreten wie die Verbände. Man äußere sich weniger in vollmündigen Statements. Doch man werde von der Politik gehört und ernst genommen.

In Berlin stehe man mit dem BDI und BDA für die deutsche Wirtschaft und stehe in regelmäßigem Austausch mit dem Bundeskanzler und dem Bundeswirtschaftsminister.

Herr Adrian berichtet von den jüngsten Treffen mit dem Bundeskanzler, der die Wirtschaft auf einem guten Weg sehe und mit Verweis auf das Wachstumschancen-gesetz oder dem Bürokratieentlastungsgesetz glaube, die Krise liege hinter uns.

Mit dem Verweis auf ein Kanzlerzitat „Die Klage ist der Ruf des Kaufmanns“ hätte man das Gefühl, in unterschiedlichen Welten unterwegs zu sein. Die Automobilindustrie, die diversen Zulieferer, die Baubranche oder die Immobilienbranche erwarteten keine positive Entwicklung.

Auch seien Energiekosten und Steuern im internationalen Vergleich zu hoch, die Infrastruktur marode, Bürokratie überbordend und der Fachkräftemangel allgegenwärtig.

Die Wirtschaftspolitik sei derzeit eher ideologisch ausgerichtet, gerade im Hinblick auf die nötige Transformation, die alle wollten – aber doch bitte pragmatisch.

Internationale Spannungen wie die Kriege, Afrika-Problematik und Spannungen im Handel mit China setzten ebenfalls zu. Es fehle an Handelsabkommen. Die politischen Maßnahmen seien reine Symbolpolitik.

Das Lieferkettengesetz, Bürokratieabbaugesetz, Wachstumschancengesetz und das Fachkräfteeinwanderungsgesetz seien entweder nicht zu Ende gedacht, erzielten minimale Wirkung oder seien durch fehlende (digitale) Strukturen auf Seiten des Staates gar nicht umsetzbar. Deutschland sei auch lange nicht so attraktiv als Fachkräftemarkt, wie gewünscht.

Peter Adrian macht sich – auch vor diesem Hintergrund – für Europa stark:



Was wären wir ohne Europa?

- Ohne die politische und die wirtschaftliche Power der EU
- Ohne Teil des Binnenmarkts zu sein
- Ohne regulatorische Synergien

Ein nach innen starkes Europa sei wichtig und der beste Schutz im internationalen Wettbewerb. Er sich wünscht ein innovatives Europa, einen funktionierenden Binnenmarkt, gute Rahmenbedingungen ohne Detailregulierung und zitiert Jean-Claude Juncker „Groß bei großen Dingen, klein bei kleinen Dingen“.

So könne unternehmerische Tatkraft zur Geltung kommen. Die Detailregulierungen und Berichtspflichten lähmten. So hätte BASF allein in Ludwigshafen 30 Mitarbeitende für notwendiges Reporting.

Dennoch: Europa stehe für Freiheit, Kooperation und Rechtsstaatlichkeit. Die anstehende Wahl sei eine Pflichtveranstaltung.

Und innerhalb Europas sei ein starkes Deutschland wichtig, das international mithalten könne.

Peter Adrian fordert dafür unter anderem: Eine Politik, die das Energieangebot erhöht, um den Preis zu senken – alle Möglichkeiten der Energieversorgung nutzen, auch Schiefergas. Der Gaspreis sei hier drei bis vier Mal so hoch wie in den USA; Strom für deutsche Mittelständler ca. drei bis vier Mal so teuer wie in Frankreich.

Kurz-/mittelfristige Subventionen seien keine Lösung – der Planungshorizont der Unternehmen läge bei 10 bis 15 Jahren.

Die langfristige Perspektive müsse stimmen:

- Bezahlbare, sichere Energieversorgung
- Qualität der Bildung
- Kürzere Genehmigungsfristen für Investoren
- Rationale Wirtschafts- und Standortpolitik: Steuerreform, Steuervereinfachungen, ein leistungsfähiges, aber nicht aus dem Ruder laufendes Sozialsystem

Wenn Unternehmen aus den Regionen heraus innovativ und produktiv sein könnten, dann seien sie auch erfolgreich.

Die IHK-Organisation liefere im Dialog mit der Politik dafür immer wieder Lösungsvorschläge und sei so ein verlässlicher und geschätzter Partner. Man trage Verantwortung – und das sei wichtiger denn je.

Der Staat müsse sich besinnen und zurücknehmen, müsse Wirtschaften ermöglichen. Kernaufgabe des Staates seien die Themen Bildung, Gesundheit und Infrastruktur.



Wenn die Eigenverantwortung der Unternehmer*innen gestärkt würde, steige auch die Innovationskraft kleiner und mittlerer Betriebe, die Wirtschaft könne ihre Stärke zeigen.

Information: Barbara Becker, Referentin des Hauptgeschäftsführers, Telefon: 06151 871-1217, [E-Mail zur Kontaktaufnahme](#)

TOP 3 *Selbstverwaltung der Wirtschaft*

Herr Martiné erläutert zunächst die Bedeutung der Selbstverwaltung mit den Worten: „Wirtschaft entscheidet selbst, macht es selbst und bezahlt es selbst.“

Der Staat benenne zwar Teile der Aufgaben für die IHKs, hielte sich ansonsten aber raus.

Themen, die unter die Selbstverwaltung fielen, machten nicht immer Spaß oder muteten auch einmal bürokratisch an. Aber sie seien auch Ausdruck des Vertrauens des Staates in unsere Organisation.

TOP 3 *a) Personelle Änderungen in der Vollversammlung*

Bericht: Matthias Martiné

Nach der Wahl haben drei gewählte Mitglieder der Vollversammlung ihr Mandat zur Verfügung gestellt.

Herr Martiné informiert die Vollversammlung:

Verzicht auf die Mitgliedschaft in der Vollversammlung durch Matthias Hahn, Maria Rosa Malerba-Barth und Birgit Simmermacher.

Matthias Hahn hat als unmittelbar gewähltes Mitglied der Vollversammlung gemäß § 6 Abs. 2 Nr. 2 der Wahlordnung der IHK vor der konstituierenden Sitzung auf sein Mandat verzichtet.

Gemäß § 2 Abs. 1 der Wahlordnung ist für ihn

Yvo Hoffmann

Geschäftsführer

Photonis GmbH

Bensheim

in der Wahlgruppe 9, F&E/Beratung und Managementleistungen, nachgerückt.



Maria Rosa Malerba-Barth hat als unmittelbar gewähltes Mitglied der Vollversammlung gemäß § 6 Abs. 2 Nr. 2 der Wahlordnung der IHK vor der konstituierenden Sitzung auf ihr Mandat verzichtet.

Gemäß § 2 Abs. 1 der Wahlordnung ist für sie

Ellen Reimherr

Inhaberin

Ellen Reimherr Flughafen-Transfer

Erbach

in der Wahlgruppe 11, Kleingewerbetreibende Odenwald, nachgerückt.

Außerdem hat **Birgit Simmermacher** als unmittelbar gewähltes Mitglied der Vollversammlung gemäß § 6 Abs. 2 Nr. 2 der Wahlordnung der IHK vor der konstituierenden Sitzung ebenfalls auf ihr Mandat verzichtet.

Für sie rückt niemand in die Vollversammlung nach, denn Frau Simmermacher war die einzige Kandidatin in der Wahlgruppe 6a, Touristik, Freizeit, Wellness, Untergruppe Touristik.

Das derzeit noch amtierende Präsidium hat in seiner letzten Sitzung einen Vorschlag erarbeitet, wie die Vakanz an dieser Stelle durch eine Zuwahl geschlossen werden kann. Der Vorschlag wird in der nächsten Sitzung der Vollversammlung am 25.06.2024 vorgestellt. Eine schriftliche Erläuterung erhalten die Mitglieder der Vollversammlung mit den Unterlagen zur Sitzung.

Information: Simone Zwick, Justizariat, Telefon: 06151 871-1214, [E-Mail zur Kontaktaufnahme](#)

TOP 3 b) Verpflichtung der Mitglieder in der Vollversammlung

Verpflichtung: Matthias Martiné

Herr Martiné weist auf die Verpflichtung der Vollversammlungsmitglieder zur Vertraulichkeit und gewissenhaften Vertretung des Gesamtinteresses der Wirtschaft im IHK-Bezirk hin.

Er weist auch auf die Bedeutung von „Anstand und Sitte der ehrbaren Kaufleute, einschließlich deren sozialer und gesellschaftlicher Verantwortung“ hin, wie im IHK-Gesetz verankert.

Herr Martiné bekräftigt den Anspruch zur Vertraulichkeit und gewissenhaften Vertretung des Gesamtinteresses der Wirtschaft auch im Sinne der Compliance-Richtlinie der IHK Darmstadt per Handschlag und mit Überreichung der Ernennungsurkunde zum Mitglied der Vollversammlung für die Legislaturperiode vom 2024 bis 2029.



Die Compliance-Richtlinie wurde den Vollversammlungsmitgliedern bereits vor der konstituierenden Sitzung zur Verfügung gestellt. Sie spiegelt das Selbstverständnis und die grundlegenden Werte wider, um das notwendige Vertrauen für die Wahrnehmung unserer Aufgaben zu schaffen.

Information: Bei Fragen zur Verpflichtung oder zum Thema Compliance können Sie sich gerne an Barbara Becker, Compliance-Beauftragte, Telefon 06151 871-1217, [E-Mail](#), wenden.

TOP 3 c) Wahl des Präsidenten

Wahlleitung: Tatjana Steinbrenner

Frau Steinbrenner übernimmt gemäß § 8 Abs. 3 der Geschäftsordnung der IHK Darmstadt die Wahlleitung für TOP 3c und weist die wahlberechtigten Vollversammlungsmitglieder auf die Bedeutung ihres Eintrages in der Anwesenheitsliste für eine mögliche Kontrolle beim Auszählen der Stimmzettel hin. Die Damen und Herren, die sich nicht eingetragen hatten, holen die Unterschrift nach.

Frau Steinbrenner weist auf die fristgerechte Einladung zur Sitzung am 08.04.2024 und der bereits in der Tagesordnung bekannt gegebenen Aufforderung hin, mögliche Wahlvorschläge bis 15.04.2024 einzureichen. Am 16.04.2024, so Frau Steinbrenner, wurde die Vollversammlung über den eingegangenen Wahlvorschlag informiert.

Es liegt ein Wahlvorschlag vor:

Es kandidiert erneut:

Matthias Martiné, Sprecher des Vorstands der Volksbank Darmstadt Mainz eG, amtierender Präsident der IHK Darmstadt

Weitere Wahlvorschläge sind bis zur Einreichungsfrist (15.04.2024, 24 Uhr) nicht eingegangen.

Herr Martiné stellt sich persönlich vor.

Die Wahl erfolgt geheim.

Das Wahlergebnis:

Es waren 60 Wahlberechtigte anwesend. 60 Stimmzettel wurden abgegeben, 60 Stimmzettel waren gültig.

59 Ja-Stimmen
1 Nein-Stimme



0 Enthaltung

Wahl des Präsidenten:

Die Vollversammlung wählt Matthias Martiné zum Präsidenten der IHK Darmstadt. Matthias Martiné nimmt die Wahl an.

Herr Martiné dankt den Mitgliedern der Vollversammlung für die Zustimmung und das Vertrauen, das für ihn Verpflichtung sei.

Information: Simone Zwick, Justizariat, Telefon: 06151 871-1214, [E-Mail zur Kontaktaufnahme](#)

TOP 3 d) Wahl des Präsidiums

Wahlleitung: Tatjana Steinbrenner

Die Vollversammlung wählt gemäß § 4 Absatz 2 Satz 2 lit. d und § 7 Absatz 1 der Satzung der IHK Darmstadt das Präsidium, das aus dem/r Präsidenten/in und bis zu sechs Vizepräsident*innen besteht.

Das Präsidium bereitet die Beschlüsse der Vollversammlung vor und sorgt für ihre Durchführung. Es beschließt über die Angelegenheiten der IHK Darmstadt soweit Gesetz oder Satzung diese Aufgaben nicht der Vollversammlung oder dem Berufsbildungsausschuss vorbehalten (§ 7 Absatz 2 Satzung).

Für die Wahl des Präsidiums stehen 9 Kandidat*innen für sechs Sitze zur Verfügung. Die wahlberechtigten Vollversammlungsmitglieder können bis zu sechs Stimmen vergeben. Wahlzettel mit mehr als sechs Stimmen sind ungültig. Gewählt sind die Kandidat*innen, die die Mehrheit der anwesenden, stimmberechtigten Vollversammlungsmitglieder auf sich vereinigen können (es sind 60 stimmberechtigte Vollversammlungsmitglieder vertreten).

Weitere Vorschläge sind bis zur Einreichungsfrist (15.04.2024, 24 Uhr) nicht eingegangen.

Die Kandidaten stellen sich persönlich vor.

Name	Firma	Funktion	Wahlgruppe/Wahlbezirk
Alexander Berger	SMART DATA Deutschland GmbH	Geschäftsführer	F&E, Beratung, Managementdienstleistungen, Darmstadt
Matthias Bürk	Merck Performance Materials Holding GmbH	Geschäftsführer	Finanzdienstleistung/Immobilienwirtschaft, Darmstadt
Elfi Broschard	workflow plus GmbH	Geschäftsführerin	sonstige Dienstleistungen, Darmstadt
Arnika Dörr	Gaststätte Bruchweiher	Inhaberin	Kleine Unternehmen, Bergstraße
Barbara Eichelmann-Klebl	Fidelio Schokofrüchthandel	Inhaberin	Kleine Unternehmen, Darmstadt
Rainer Fischer	Suckow & Fischer Systeme GmbH & Co. KG	Geschäftsführer	Industrie, Groß-Gerau
Ralph Richard Frankenschach	Softwarebüro und Verlag	Inhaber	Kleine Unternehmen, Darmstadt-Dieburg
Ulrike Jakobi-Schlimme	Jakobi Lebensmittel GmbH & Co. KG	Geschäftsführerin der Komplementär GmbH	Einzelhandel, Bergstraße
Christian Jöst	Jöst GmbH	Geschäftsführer	Industrie, Bergstraße
Elke Kirchner	Unternehmensberatung	Inhaberin	Kleine Unternehmen, Bergstraße



Das Wahlergebnis:

Es waren 60 Wahlberechtigte anwesend. 60 Stimmzettel wurden abgegeben, 60 Stimmzettel waren gültig.

Mit der Mehrheit der anwesenden Stimmen wurden folgende Personen ins Präsidium gewählt:

Wahl des Präsidiums:

Die Vollversammlung wählt Matthias Bürk, Elfi Broschard, Barbara Eichelmann-Klebl, Rainer Fischer, Ulrike Jakobi-Schlimme und Christian Jöst in das Präsidium. Alle Gewählten nehmen die Wahl an.

Information: Simone Zwick, Justizariat, Telefon: 06151 871-1214, [E-Mail zur Kontaktaufnahme](#)

TOP 4 *Schwerpunkthemen unserer Arbeit*

Bericht: Robert Lippmann

Herr Lippmann erläutert zunächst Hintergrund und Ergebnisse des Dialogprozesses „Wirtschaft 2040 | Südhessen denkt voran“, aus denen die Schwerpunkthemen der Legislaturperiode von 2024-2029 abgeleitet werden sollen.

Im Anschluss stellt er die geplanten Schritte hin zur Erarbeitung der Schwerpunkthemen und der Beteiligungsformate für die Vollversammlung vor.

Der Dialogprozesse Wirtschaft 2040:

- Wie sind wir mit dem Projekt gestartet?
- Beschäftigung mit Ergebnissen von Zukunftsforschungen
- Analyse der Stärken und Schwächen der Region
- Durchführung von neun Workshops mit IHK-Hauptamt und Ehrenamt (in zentralen Ausschüssen)
- Veranstaltung „Zukunftsforum Wirtschaft 2040“ für alle südhessischen Unternehmen (mit 4 Themen-Workshops)
- Durchführung von Online-Umfragen, bei denen 525 südhessische Betriebe, 659 südhessische Auszubildende und 653 Studenten der Region teilgenommen haben

- Diskussion von Zukunftsvorstellungen und Gegenwartsproblemen in 25 persönlichen Interviews mit Vertretern aus Wirtschaft, Politik und Verwaltung

Ergebnisse des Dialogprozesses Wirtschaft 2040:

Begründung oder Ergebnis:

- **Prognos-Ergebnisse**

- **Stärken/Schwächen IHK-Bezirk Darmstadt**

- **Bestätigung der hohen Wirtschaftskraft:** BIP in der Region deutlich über Bundesschnitt. Weitere Stärken: viele Gründungen, eine hohe Innovationskraft und überdurchschnittlich viele Patente.
 - Bei den Ergebnissen gibt es aber **teilweise große Unterschiede zwischen Darmstadt und den einzelnen Landkreisen**. Einzelne Regionen liegen in bestimmten Bereichen im Bundesvergleich sogar auf den hinteren Rängen des Rankings (z. B. Odenwaldkreis bei Gründungsgeschehen und Erreichbarkeit).
 - Das **Investitionsgeschehen der Industrie** ist in Südhessen im Vergleich zum Bundesschnitt **eher schwach**.

- **Erfolgsfaktoren der Regionalentwicklung in Benchmark-Regionen**

- Akteure vernetzen
 - "Triple Helix" aus Verwaltung, Wirtschaft und Wissenschaft
 - Institutionalisierung von Kooperationen auf regionaler Ebene
 - klare Strategie, die Stärken stärkt
 - Auf vorhandenen Kompetenzen der Region aufbauen
 - Enge Zusammenarbeit mit Forschungseinrichtungen
 - Standort-Image pflegen

- **Rückmeldung der Unternehmen:**

- Aus der Umfrage und den Workshops ergibt sich ein ambivalentes Bild: zwar attestieren die meisten Unternehmen dem Standort Südhessen eine **gute Ausgangslage** (geografische Lage und Vernetzung, Lebensqualität, Innovationskraft und gute Bildungs- sowie Forschungslandschaft), aber gleichzeitig zeigen die Ergebnisse **auch deutliche Handlungsbedarfe**.
 - **Nur die Hälfte** der antwortenden Betriebe in unserer Umfrage **sieht Südhessen gut für die Zukunft aufgestellt**.
 - Herausforderungen aus Sicht der beteiligten Unternehmen sind u. a.:

- Hohe Bürokratie, Regulierung und langsame Verwaltung hemmen wirtschaftliches Handeln und Innovationen.
- Mangel an Arbeits-/Fachkräften: Es braucht stärkere schulische Berufsorientierung, bessere Prozesse bei Zuwanderung und mehr Betreuungsangebote, um demografischem Wandel zu begegnen.
- Verkehrs- und Logistikinfrasturktur muss dringend ausgebaut und modernisiert werden.
- Der flächendeckende Ausbau von digitaler Infrastruktur und erneuerbarer Energie muss dringend beschleunigt werden, wenn Transformation der Wirtschaft gelingen soll.
- Hohe Kosten gefährden internationale Wettbewerbsfähigkeit.
- Bezahlbarer Wohnraum fehlt: Problem für Arbeitnehmer.
- Stärkung der Bildungsangebote in der Region: Berufsschulen, Hochschulen und Weiterbildung. Mehr Fokus auf duale Ausbildung.

- **Stakeholder-Interviews:**

- **Problem von Bürokratie und Überregulierung** betrifft sowohl Wirtschaft, Wissenschaft als auch Verwaltung.
- Wunsch nach **stärkerer, überregionaler Planung und gemeinsamer Positionierung von Südhessen** ist bei vielen Stakeholdern vorhanden.
- **Positive Vision für Südhessen** entwickeln und gemeinsam voranbringen für höhere Strahlkraft.
- Gemeinsames **Vorgehen von Wirtschaft, Wissenschaft und Politik als Schlüssel** zur Stärkung der Region Südhessen.
- Besseres **Mitnehmen der Öffentlichkeit** bei Herausforderungen, um Ängste zu nehmen und liberale Gesellschaft in Südhessen zu erhalten.

- **Rückmeldung der Studierenden und Auszubildenden:**

- **Südhessen ist attraktiv:** Je 54 Prozent der befragten Auszubildenden und Studierenden können sich Verbleib in der Region vorstellen.
- Das **größte Problem von Südhessen ist der bezahlbare Wohnraum**. Auch der Bereich **Mobilität wird problematisch eingeschätzt**.



Geplante Erarbeitung der Schwerpunktthemen:

- 1) Das neue Präsidium wird sich in einer Klausur im Mai mit den Ergebnissen beschäftigen und Schwerpunktthemen herausarbeiten, die wir vertiefen möchten. Den Termin werden wir morgen abstimmen. *(nachträgliche Anmerkung: Der Termin für die Präsidiumsklausur ist zwischenzeitlich abgestimmt und findet am 04.06.2024 statt.)*
- 2) In der nächsten Sitzung am 25.06.2024 werden wir mit Ihnen diese Themen in Workshops besprechen. Das ist dann ein Novum für uns, wir werden direkt in einer Sitzung der Vollversammlung einen Workshop haben.
- 3) Die Ergebnisse des Workshops sollen dann in kleineren Arbeitsgruppen mit je einem Präsidiumsmitglied an der Spitze bearbeitet werden.
- 4) Daraus möchten wir unsere Leitthemen für die kommenden fünf Jahre und das Arbeitsprogramm für das nächste Jahr gestalten – das bedeutet, die Themen festlegen, mit denen wir uns in Ausschüssen, Arbeitskreisen und der Vollversammlung beschäftigen werden.

Information: Robert Lippmann, Hauptgeschäftsführer, Telefon: 06151 871-1203, [E-Mail zur Kontaktaufnahme](#)

TOP 5 *Positionierung für ein starkes Europa*

Bericht: Robert Lippmann

Herr Martiné und Herr Lippmann erläutern zunächst die Bedeutung einer Resolution und die Notwendigkeit eines Vollversammlungsbeschlusses für die politische Arbeit. (Ohne ein Mandat der Vollversammlung können wir keine politischen Positionen nach außen vertreten. Ein Beschluss legitimiert also unsere politische Arbeit. Dafür gibt es Resolutionen, Einzelbeschlüsse oder größere Positionspapiere.)

Die vorliegende Resolution für ein starkes Europa soll über den Hessischen Industrie- und Handelskammertag e. V. in allen zehn IHKs in Hessen verabschiedet werden. Dies, so Herr Lippmann, verleihe dem Thema Gewicht.

Zur Information: Die IHKs in Hessen haben mit dem „Hessischen Industrie- und Handelskammertag e. V.“ in Wiesbaden ein Büro, das übergeordnete Themen bündelt und an die hessische Landesregierung trägt. Der HIHK e. V. wird von den insgesamt zehn Kammern in Hessen getragen. Die Präsident*innen und Hauptgeschäftsführer*innen aller Kammern in diesem Bundesland bilden dort sozusagen eine kleine Vollversammlung.

Herr Lippmann erläutert die Aussagen der geplanten Resolution anhand nachstehender Stichworte. Die Resolution wurde der Vollversammlung im Vorfeld der Sitzung zur Verfügung gestellt und kann in Teams nachgelesen werden.



1. Binnenmarkt und Digitalisierung
2. Klimaschutz und Nachhaltigkeit
3. Bildung und Fachkräftesicherung
4. Außenhandel und internationale Beziehungen
5. Europäische Werte und Rechtsstaatlichkeit
6. Reformbedarf

Beschluss der Vollversammlung am 23. April 2024:

Die Vollversammlung der IHK Darmstadt beschließt den vorgelegten gemeinsamen Resolutionsentwurf der hessischen Industrie- und Handelskammern zur Europawahl 2024.

Information: Dr. Peter Kühnl, Geschäftsbereich Unternehmen und Standort, Telefon: 06151 871-1107, [E-Mail zur Kontaktaufnahme](#)

TOP 6 *Zukunftswerkstätten – ein Baustein zur Berufsorientierung*

Bericht: Dr. Marcel Walter

Herr Dr. Walter erläutert mit Hilfe eines Videos Hintergründe, Ausgestaltung und Intension der Zukunftswerkstätten.

Er weist auf die vielfältigen Facetten des Themas hin:

- Unternehmen finden immer schwerer gute Bewerber*innen
- sinkende Zahl von Schulabgängern
- Orientierungslosigkeit der Jugendlichen
- Mangelhafte oder fehlende Berufsorientierung (BO) an Schulen
- Einrichtung von Zukunftswerkstätten seit 2011 als gefördertes Projekt zur Stärkung der Berufsorientierung und Stärkung des Themas Ausbildung
- Die Schulen schließen jährliche Kooperationsvereinbarungen mit der IHK ab. Sofern eine Schule ihre Ziele in der Kooperationsvereinbarung erfüllt, kann sie im Projektzeitraum jährlich 2.500 Euro Förderung für ihre BO-Projekte erhalten. Die Mittel werden genutzt,

um Hardware (z. B. Laptops/Tablets, Lego-Mindstorms etc.), Software, Einrichtungsgegenstände oder Fortbildungen für die Zukunftswerkstätten zu finanzieren.

- In den Vereinbarungen sind konkrete Maßnahmen zur beruflichen Orientierung festgehalten. Das sind neben eigenen Konzepten der Schulen immer auch IHK-Angebote, wie Ausbildungsbotschafter-Einsätze oder die Teilnahme an Azubi-Speed-Datings und Lehrkräftefortbildungen. Auch entstehen durch das Projekt vielfältige Kooperationen mit Unternehmen. Die Nutzung der Zukunftswerkstätten ist sehr individuell. In manchen Schulen sind die Zukunftswerkstätten direkt in den Unterricht eingebunden. In anderen Fällen finden die Aktivitäten in AG-Form am Nachmittag statt. Die Angebote richten sich an Schüler*innen in der Mittelstufe, besonders mit Blick auf die Abgangsklassen, und sollen bei einer geeigneten Berufswahl unterstützen.
- Jede Projektphase dauert sechs Jahre. Aktuell bieten 40 Schulen im Kammerbezirk Zukunftswerkstätten an.

Beschluss der Vollversammlung am 23. April 2024:

Die Vollversammlung der IHK Darmstadt beschließt, die Zukunftswerkstätten um eine weitere Förderperiode von sechs Jahren fortzuführen.

Information: Dr. Marcel Walter, Leiter Geschäftsbereich Aus- und Weiterbildung, Telefon: 06151 871-1240, [E-Mail zur Kontaktaufnahme](#)